

**Regionalkonferenz  
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder  
am 29. Februar 2024 in Berlin**

Beschluss

**TOP 4      Öffentliche Mobilität und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse**

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen ihren Beschluss vom 7. Juli 2023, nach dem gleichwertige Lebensverhältnisse die Basis für Vertrauen in unsere Demokratie sind und unser Land zusammenhalten. Ein breites nachfragebezogenes ÖPNV-Angebot ist eine zentrale Voraussetzung für die Erreichbarkeit und Mobilität vor Ort und damit für wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe, Chancengleichheit und Versorgung. Der öffentliche Nahverkehr ist insofern eine unverzichtbare Leistung der öffentlichen Daseinsvorsorge – insbesondere auch in den dünn besiedelten und vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen Ostdeutschlands, in denen ein leistungsfähiger ÖPNV eine besondere Herausforderung darstellt. Seine Bedeutung ist vor dem Hintergrund der Erfordernisse der wirtschaftlichen und ökologischen Transformation sogar noch gewachsen. Die ostdeutschen Länder stehen daher zu ihrer gemeinsamen Verantwortung mit dem Bund beim Ausbau des öffentlichen Mobilitätsangebots.

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen insofern die Pläne der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen zur Kürzung der Bundeszuschüsse bei der Trassenpreisförderung und für den Ausbau des Personenfern- und Güterschienenverkehrs, der Bahnhöfe und der Radverkehrsinfrastruktur mit Sorge.

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, ihrer Verantwortung zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und zur Finanzierung des ÖPNV langfristig und verlässlich nachzukommen. Hierfür halten die ostdeutschen

Länder angesichts der Preis- und Lohnentwicklungen und aufgrund des zeitlichen Vorlaufs bei Angebotsausweitungen und Infrastrukturmaßnahmen eine zeitnahe Verständigung über eine weitere Anhebung und langfristige Dynamisierung der Regionalisierungsmittel für dringend erforderlich. Sie verweisen insofern auf die Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz vom 23. März 2023 und vom 11./12. Oktober 2023. Die ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, im Bundeshaushalt kurzfristig zusätzliche Mittel für den Bestandserhalt im ÖPNV ab 2025 bereitzustellen. Die Finanzierung eines mittel- und langfristigen Angebotsausbaus im ÖPNV ist auf der Grundlage der Ergebnisse des Ausbau- und Modernisierungspaktes im ÖPNV zwischen Bund, Ländern und Kommunen zeitnah festzulegen. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder sehen in Infrastrukturinvestitionen keinen Widerspruch zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Diese sind vielmehr Grundlage für zukünftiges Wachstum, Wohlstand, gleichwertige Lebensverhältnisse sowie eine bürgernahe Umwelt- und Klimapolitik und erzielen damit einen langfristig hohen volkswirtschaftlichen Nutzen über Generationen.

2. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, eine verlässliche finanzielle Grundlage für die Bestandssanierung – nicht nur die ausgerufenen „Hochleistungskorridore“ betreffend – und den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu gewährleisten, um damit schnellstmöglich eine spürbare Verbesserung bei Verfügbarkeit, Qualität und Kapazität im Schienennetz sowie beim Angebot an vollständig barrierefreien und modernen Personenbahnhöfen zu erreichen. Die avisierten Kürzungspläne bei mehreren den Schienensektor betreffenden Haushaltstiteln inklusive der Trassenpreisförderung im Haushalt 2024 wirken sich bereits durch mangelnde Planungssicherheit kontraproduktiv auf die Ziele zum Ausbau, der Modernisierung und der Elektrifizierung des öffentlichen Verkehrs und Schienengüterverkehrs aus. Darüber hinaus fordern die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder, dass die in Umsetzung befindlichen Bundesverkehrswegeplan (BVWP)-Projekte und entsprechende Planungen ohne Verzögerungen realisiert werden. Die Regierungschefin und

die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erinnern in diesem Zusammenhang an ihren Beschluss vom 7. Juli 2023 zur gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Schieneninfrastrukturprojekten.

3. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erwarten, dass der Bund seiner Verantwortung bei der nachhaltigen und dauerhaften Finanzierung des Deutschlandtickets nachkommt und gemäß Beschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 6. November 2023 rechtzeitig im Jahr 2024 gemeinsam mit den Ländern eine Verständigung über die weitere Finanzierung des Deutschlandtickets einschließlich eines Mechanismus zur Fortschreibung des Ticketpreises erfolgt. Darüber hinaus wird der Bund aufgefordert, die Übertragbarkeit nicht verbrauchter Mittel ins Jahr 2024 zügig umzusetzen und auf den Gesamtzeitraum 2023 – 2025 auszudehnen.
  
4. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen die voranschreitende Digitalisierung im ÖPNV und die damit verbundenen Chancen für einen modernen und effizienten ÖPNV. Die ostdeutschen Länder mahnen dabei jedoch an, dass die Digitalisierung diskriminierungsfrei erfolgen muss und sie Bevölkerungsgruppen nicht überfordern oder ausschließen darf. Die ostdeutschen Länder sind überdurchschnittlich von einer alternden, weniger digitalaffinen Bevölkerung geprägt. Die Bemühungen der Bundesregierung, die digitale Teilhabe älterer Menschen im ländlichen Raum zu erhöhen, werden begrüßt, lösen jedoch nicht das Problem, dass oftmals körperliche Einschränkungen zum Beispiel der Nutzung eines Smartphones entgegenstehen. Dies gilt umso mehr für Menschen mit Behinderungen. Für diese müssen auch künftig ausreichende alternative Lösungen für eine diskriminierungsfreie und möglichst niederschwellige Teilhabemöglichkeit an öffentlicher Mobilität sämtlicher Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen.